

Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 21.11.2024

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:40 Uhr

Ort, Raum: Kreisverwaltung Rosenstraße, Konferenzraum 1 + 2, Rosenstraße 28a, 23795 Bad Segeberg

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Doris Vorpahl
CDU

Bemerkung

Mitglieder

Name

Thorsten Borchers
CDU

Jonas Hövermann
CDU

Thomas Volkland
CDU

Reinhard Wundram
CDU

Jan Ole Notzeblum
SPD

Katja Koch
SPD

Christoph Fischer
B90/Die Grünen

Meike Lüdemann
B90/Die Grünen

Oliver Weber
FDP

Brigitte Osterloh
Freie Wähler

Michael Metzler
Kreissenioresenbeirat

Jutta Althenhöner

Beauftr. f. Menschen m.
Beeinträchtigung

Thorsten Luckow

Beauftr. f. Menschen m.
Beeinträchtigung

Bemerkung

ab 18:07 / TOP 4.3

Vertretung für: Dirk Wehrmann

KT-Abg. als Gäste

Name	Bemerkung
Annelie Eick CDU	

Verwaltung

Name	Bemerkung
Jan Peter Schröder Landrat	
Christiane Rimbach FBL III	
Jörn Giesecke FDL	
Sandra Fait-Böhme FDL	
Juliane Geuke FDL	
Jan-Hauke Heinze FDL	
Susanne Stürwohldt FDL	
Traute McGregor FDL	
Anne-Christin Brandt	
Rebecca Gripp	
Sandra Kraft	
Gunda Züllich	

Protokollführung

Name	Bemerkung
Tanja Krüger	0

Abwesend
Mitglieder

Name	Bemerkung
Dirk Wehrmann SPD	-

Name	Bemerkung
Anton Jeschke AfD	-

Gäste:

Herr Dr. Holthaus
 Herr Harm
 Frau Kitschke, Diakonisches Werk Altholstein
 Frau Vallentin, Diakonisches Werk Altholstein
 Herr Werner, Diakonisches Werk Hamburg-West/Südholstein

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung	
1.1	Verabschiedung der ehemaligen Beauftragten für Menschen mit Beeinträchtigungen	
2	Einwohnerfragestunde I	
3	Formalien	
3.1	Genehmigung der Tagesordnung	
3.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2024	
4	Beratung und/oder Beschlussfassung I	
4.1	Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende in Schackendorf Weiterführung des Betriebes nach Auslaufen der Anerkennung durch das Land Schleswig-Holstein	DrS/2024/149 -01
4.2	Anträge auf Förderung der Migrationsberatung von drei Trägern	DrS/2024/167 -01
4.3	Antrag der Diakonie auf Förderung der Obdachlosenhilfe in Norderstedt für das Jahr 2025	DrS/2024/228
4.4	Antrag auf Förderung des Sozialkaufhauses in Bad Bramstedt für das Jahr 2025	DrS/2024/231

Nichtöffentlicher Teil - Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Gremiums werden die nachfolgenden Tagesordnungspunkte voraussichtlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt. -

TOP	Betreff	Vorlage
5	Beratung und Beschlussfassung II	
5.1	Ausschreibung eines weiteren Frauenhauses im Kreisgebiet	DrS/2024/166 -01
5.2	Vergabe sozialer Dienstleitungen/ Beratungswesen Schuldnerberatung	DrS/2024/177 -01
5.3 (Nachtrag)	Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vergabe sozialer Dienstleitungen/ Beratungswesen Wohnungsnotlagenberatung und Wohnkompetenztraining	DrS/2024/180 -02
5.4	Vergabe sozialer Dienstleitungen/ Beratungswesen Wohnungsnotlagenberatung und Wohnkompetenztraining	DrS/2024/180 -01

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
6	Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse	
7	Beratung und Beschlussfassung III	
7.1	Wohnungsnotlagenberatung und Wohnraumakquise/ Antrag der Stadt Norderstedt auf Gewährung eines Personalkostenzuschuss	DrS/2024/224
7.2	Budget 2025 – Fachbereich III (Teilbereich Sozialausschuss)	DrS/2024/227
8	Berichte der Verwaltung	
8.1	Bericht des Projektes "Talk About - Sexualität & Gender" von Jungenarbeit Hamburg e. V.	DrS/2024/221
9	Verschiedenes	
9.1	Informationen und Anfragen	
9.2	Anregungen für die nächste Sitzung	
10	Einwohnerfragestunde II	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1. Begrüßung

Frau Vorpahl eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Zu 1.1. Verabschiedung der ehemaligen Beauftragten für Menschen mit Beeinträchtigungen

Frau Vorpahl dankt Herrn Dr. Holthaus und Herrn Harm für die geleistete Arbeit. Der Landrat schließt sich dem Dank an und betont, dass sich das gebildete 3er-Team als sehr wertvoll erwiesen habe.

Zu 2. Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 3. Formalien

Zu 3.1. Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

Zu 3.2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2024

Da es keine Wortmeldungen gibt, gilt die Niederschrift als genehmigt.

Zu 4. Beratung und/oder Beschlussfassung I

Zu 4.1. Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende in Schackendorf Weiterführung des Betriebes nach Auslaufen der Anerkennung durch das Land Schleswig-Holstein

DrS/2024/149-01

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt, der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt:

Die Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende in Schackendorf wird nach Auslaufen der Anerkennung durch das Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein bis zum 31.12.2029 vom Kreis Segeberg weiter betrieben.

Die Verwaltung wird gebeten:

- a. die Ausschreibung des Betriebes der Gemeinschaftsunterkunft für die Zeit vom 01.02.2026 bis zum 31.12.2029 vorzubereiten und durchzuführen sowie
- b. die Ausschreibung für einen Sicherheitsdienst für die Gemeinschaftsunterkunft für die Zeit vom 01.02.2026 bis zum 31.12.2029 vorzubereiten und durchzuführen.

In der ersten Sitzung 2029 wird sich der Sozialausschuss damit befassen, ob die Gemeinschaftsunterkunft über den 31.12.2029 weiter betrieben wird.

Mittel in Höhe von 273.600 € werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2026 zur Verfügung gestellt. Bei positiver Beschlussfassung wird der Betrag über die Änderungsliste zum Haushalt 2025 in die Mittelfristplanung des Haushaltsjahres 2026 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	1			1
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	10			10

Zu 4.2. Anträge auf Förderung der Migrationsberatung von drei Trägern

DrS/2024/167-01

Frau Rimbach führt aus, dass die Einführung der Bezahlkarte ein Belastungspunkt für die Beratungsstellen darstellen werde, weil alle Flüchtlinge im Umgang mit der Bezahlkarte zu beraten sein werden.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt, der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt, dass

1. die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) in Norderstedt des Caritasverbandes für das Erzbistum Hamburg e.V. 2025 gemäß der im eingereichten Finanzierungsplan ausgewiesenen zuwendungsfähigen Gesamtausgaben anteilig durch den Kreis Segeberg, mit einem Betrag von maximal 4.000,00 Euro,
2. die Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) in Bad Segeberg des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Plön-Segeberg GmbH 2025 gemäß der im eingereichten Finanzierungsplan ausgewiesenen zuwendungsfähigen Gesamtausgaben anteilig durch den Kreis Segeberg, mit einem Betrag von maximal 20.000,00 Euro und die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) mit einem Betrag von maximal 15.000,00 Euro,
3. und die Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) an den Standorten Kaltenkirchen und Bad Bramstedt des Diakonischen Werkes Altholstein 2025 gemäß der im eingereichten Finanzierungsplan ausgewiesenen zuwendungsfähigen Gesamtausgaben anteilig durch den Kreis Segeberg, mit einem Betrag von maximal 27.900,00 Euro und 2026 mit einem Betrag von maximal 31.950,00 Euro, gefördert wird.

Der Kreiszuschuss reduziert sich anteilig, sollten sich die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben verringern. Über die Verwendung der Mittel ist ein Verwendungsnachweis vorzulegen, der aus einem Sachbericht, zwei halbjährigen Beratungsstatistiken und einem zahlenmäßigen Nachweis bestehen.

Die Beschlussfassung inkl. der mittelfristigen Finanzplanung erfolgt unter Finanzierungsvorbehalt bis zum endgültigen Haushaltsbeschluss des Kreistages für das Haushaltsjahr 2025 und 2026 für die Förderung der MBSH des Diakonischen Werkes Altholstein. Bei erfolgter positiver Beschlussfassung werden die Haushaltsmittel über die Änderungsliste in den Haushalt 2025 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	1			1
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	10			10

Zu 4.3. Antrag der Diakonie auf Förderung der Obdachlosenhilfe in Norderstedt für das Jahr 2025

DrS/2024/228

Herr Werner stellt sich als Mitarbeiter der Notunterkunft Norderstedt vor. Er berichtet, dass die Unterkunft an die Tagesaufenthaltsstelle (TAS) angegliedert sei und dadurch eine gute Vernetzung bestehe. Frau Osterloh fragt nach, ob es eine Vernetzung z. B. in einem Arbeitskreis der Suchtberatung und der Obdachlosenhilfe gebe. Häufig gebe es nach erfolgreichem Entzug das Problem der Wohnungslosigkeit, die wiederum zu einem Rückfall führen könne. Herr Werner erläutert, dass Hilfestellung nach dem Entzug gegeben werde, wenn dies vom Klienten gewünscht sei. Frau Vorpahl erkundigt sich, ob es bereits Erfolge gebe. Herr Werner teilt mit, dass dies so sei. Er werde einen schriftlichen Bericht einreichen. Frau Vorpahl spricht sich dafür aus, das Projekt für ein Jahr zu finanzieren und eine Verlängerung von den Ergebnissen im Projekt abhängig zu machen.

Frau Rimbach weist auf einen Schreibfehler im Beschlussvorschlag der Vorlage hin. Im zweiten Absatz müsse es heißen „Die Mittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2025 zur Verfügung gestellt.“ In der Vorlage stehe fälschlicherweise 2026.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt, der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt dem Diakonisches Werk Hamburg-West/Südholstein des Ev.-Luth. Kirchenkreises Hamburg-West/Südholstein zur Fortführung des Hilfesystems für die Bewohner*innen der städtischen Obdach- und Wohnungsloseneinrichtungen der Stadt Norderstedt für das Jahr 2025 ein Zuschuss in Höhe von 47.830,00 € zu bewilligen.

Die Bewilligung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Kreistag die Mittel im Rahmen des Haushaltsbeschlusses 2025 zur Verfügung stellt.

Die Mittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2025 zur Verfügung gestellt. Bei positiver Beschlussfassung wird der Betrag über die Änderungsliste zum Haushalt 2025 in die Mittelfristplanung des Haushaltjahres 2026 aufgenommen.

Die Diakonie wird gebeten, in der ersten Sitzung nach den Sommerferien 2025 über die Maßnahme zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP	1			1
Freie Wähler	1			1
gesamt	11			11

Zu 4.4. Antrag auf Förderung des Sozialkaufhauses in Bad Bramstedt für das Jahr 2025**DrS/2024/231**

Frau Kitschke erläutert, dass sich das Sozialkaufhaus im Transformationsprozess befinde und man auf einem guten Weg sei. In 2024 habe es durchschnittlich 2.600 zahlende Kund*innen pro Monat gegeben. Durch die Förderung der Aktivregion sei eine Cafécke eingerichtet worden, die gut angenommen werde. Leider sei das Sozialkaufhaus aber noch nicht vollständig allein tragfähig, weshalb ein erneuter Antrag gestellt worden sei.

Herr Hövermann lobt die getätigten Maßnahmen. Dennoch sei vor einem Jahr entschieden worden, die Förderung auf ein Jahr zu begrenzen. Er gibt bekannt, dass die CDU-Fraktion aufgrund der Haushaltslage der Ablehnung der Förderung zustimmen werde.

Frau Lüdemann teilt mit, dass über den Antrag ihrer Wohnortgemeinde auf Erlass der Müllgebühren für die Sozialkaufhäuser nach wie vor vom WZV keine Entscheidung getroffen worden sei. Sie schließt sich den Ausführungen von Herrn Hövermann bezüglich der Haushaltslage an. Gleichzeitig stellt sie dar, dass es sich um eine sehr schwere Entscheidung handele, da das Sozialkaufhaus eine wertvolle Einrichtung sei. Frau Koch möchte wissen, was mit den Sozialkaufhaus passieren werde, wenn dieses keine Förderung mehr erhalte. Frau Vallentin führt aus, dass immer versucht werde, Drittmittel einzuwerben. Der anvisierte Umsatz sei leider noch nicht ganz erreicht worden. Für Oktober und November seien 20.000 € geplant worden, es konnten 18.000 € erreicht werden. Frau Kitschke ergänzt, dass das größte Einsparpotential bei den Personalkosten liege. Weniger Personal würde allerdings auch weniger Umsatz bedeuten, so dass dies nicht sinnvoll erscheine. Das Sozialkaufhaus sei ein Teil der Daseinsvorsorge und man werde um den Erhalt kämpfen.

Frau Althenhöner gibt zu bedenken, dass eine Ablehnung bedeute, dass wegen 30.000 € eine komplette Struktur zerschlagen werde, die für viele Menschen sehr wichtig sei. Frau Koch schließt sich dem an und warnt vor deutlich höheren Folgekosten, wenn die Einrichtung geschlossen werde. Die weitere Förderung müsse als Sozialrendite gesehen werden. Zudem sei die aktuelle Förderung bei einer Schließung umsonst gezahlt worden.

Frau Vorpahl beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 18:25 bis 18:30 Uhr. Anschließend lässt Frau Vorpahl über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt, der Antrag der Arbeit und Beschäftigung Diakonie Altholstein GmbH vom 01.10.2024 auf Förderung des Sozialkaufhauses „Anziehungspunkt“ in Bad Bramstedt für 2025 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD		2		2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP			1	1
Freie Wähler	1			1
gesamt	8	2	1	11

Öffentlicher Teil

Zu 6. Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

TOP 5.1:

Der Sozialausschuss hat dem Hauptausschuss und dem Kreistag die Ausschreibung eines weiteren Frauenhauses im Kreis Segeberg empfohlen.

TOP 5.2:

Der Sozialausschuss hat dem Hauptausschuss und dem Kreistag empfohlen, die Verwaltung mit der Durchführung des Zulassungsverfahrens für die Schuldnerberatung zu beauftragen.

TOP 5.3:

Der Sozialausschuss hat dem Hauptausschuss und dem Kreistag empfohlen, die Verwaltung mit der Durchführung des Zulassungsverfahrens für die Wohnungsnotlagenberatung zu beauftragen.

Zu 7. Beratung und Beschlussfassung III

Zu 7.1. Wohnungsnotlagenberatung und Wohnraumakquise/ Antrag der Stadt Norderstedt auf Gewährung eines Personalkostenzuschuss

DrS/2024/224

Herr Hövermann bittet darum, die Vorlage zunächst in die Verwaltung zurückzuverweisen und aufzuschlüsseln, wie hoch die Pflichtleistungen seien. Da der Beschluss erst für 2026 zu fassen sei, sei eine Verschiebung in die kommende Sitzung unkritisch.

Herr Giesecke führt aus, dass der Betrag für die Pflichtleistungen bekannt sei. Dieser betrage 154.600 €. Der Ausschuss spricht daraufhin sich dafür aus, den Beschluss entsprechend geändert sofort zu fassen.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg bewilligt der Stadt Norderstedt für die Wohnungsnotlagenberatung für das Jahr 2026 einen Personalkostenzuschuss in Höhe von 154.600 €.

Ab 2027 erhöht sich der Zuschuss um jeweils 3 % auf den jeweiligen Vorjahreszuschuss.

Mittel in Höhe von 154.600 € werden vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltes 2026 und in Höhe von 3 % auf den jeweiligen Vorjahreszuschuss für die Folgejahre zur Verfügung gestellt. Bei positiver Beschlussfassung wird der Betrag über die Änderungsliste zum Haushalt 2025 in die Mittelfristplanung des Haushaltsjahres 2026 aufgenommen.

Die Auszahlung der Mittel erfolgt unter der Voraussetzung, dass die Stadt Norderstedt jährlich bis zum 31.03. d. J. einen Sachbericht vorlegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD			2	2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP			1	1
Freie Wähler	1			1
gesamt	8		3	11

Zu 7.2. Budget 2025 – Fachbereich III (Teilbereich Sozialausschuss) **DrS/2024/227**

Frau Rimbach teilt mit, dass die angepasste Änderungsliste an das Protokoll angehängt werde.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Haushalt 2025 für den Teilbereich des Sozialausschusses mit den im Sachverhalt geschilderten Änderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	5			5
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
AfD				-
FDP			1	1
Freie Wähler	1			1
gesamt	10		1	11

Anlage 1 Änderungliste FB III SozA zum Haushaltsentwurf_2025_22.11.2024

Zu 8. Berichte der Verwaltung

Zu 8.1. Bericht des Projektes "Talk About - Sexualität & Gender" von Jungenarbeit Hamburg e. V.

DrS/2024/221

Der Bericht wird ohne Fragen zur Kenntnis genommen.

Zu 9. Verschiedenes

Zu 9.1. Informationen und Anfragen

Frau Vorpahl verabschiedet Herrn Heinze und dankt ihm für die geleistete Arbeit. Herr Heinze bedankt sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Frau Rimbach berichtet zu folgenden Themen:

Vereinbarung zu Migration und Integration/Erstattung flüchtlingsbedingte Kosten
 Zwischen Land und den KLV wurde die Vereinbarung zur Finanzierung der Aufnahme und Integration von allen Geflüchteten geschlossen. Danach erhalten Kommunen ab 2025 eine pro Kopf Pauschale von 6.750 € (90% der 7.500 €). Dieser Betrag wird zwischen Kreis/Kommune im Verhältnis 50/50 aufgeteilt. So haben sich die kommunalen Landesverbände verständigt. Danach erhält der Kreis pro Kopf 3.375,00 € pro Jahr.

Die Details der Inhalte und Ausgestaltung sind seitens des Landes weiter offen. Seitens der KLV wird an einem Durchführungserlass zur Weiterverteilung/ Schlüssel in die Kommunen gearbeitet. Welche Förderprogramme und zusätzliche Zahlungen durch die Pauschale entfallen, ist bis auf die Aufnahmepauschale, die

zum 31.12.2024 endet, nicht bekannt. Es bleibt weiter abzuwarten. Das Ergebnis hat Auswirkungen auf den Haushaltsentwurf 2025.

Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge

Die Zuschlagserteilung für die Bezahlkarte ist erfolgt, durchgesetzt hat sich die Firma secupay AG. Das Land plant, dass jede geflüchtete volljährige Person, die in der Landesunterkunft untergebracht ist, zum 01.01.2025 die Bezahlkarte erhält. Bei Zuweisung in die Kommunen wird diese Karte auf die jeweilige Kommune „umgeschrieben“.

Kreis und Kommunen warten aktuell auf die Softwareeinrichtung inkl. Schnittstelle für die Einführung der Bezahlkarte
Zeitschiene dafür in Theorie 4 Wochen. Ebenso sind noch Details zwischen Land und DL zu klären (Stichwort Lastschriftverfahren und Überweisung). Dann ist gemeinsame Entscheidung zur Einführung erst möglich.

Der Barbetrag ist auf 50,00 € je Person festgelegt, mit Migrationsberatungsstellen und 17.00 im Austausch, die Integreat-App wird bespielt.

Das Land hat einen Grunderlass zur Einführung der Karte erlassen, der Durchführungserlass ist in der Erstellung gehemmt. Auf die Kommunen kommt bis zur Einführung der Bezahlkarte, die im Kreis Segeberg zum 30.04.2025 abgeschlossen sein muss, noch jede Menge Mehrarbeit zu.

AsylbLG – Zahlen

Aktuell sind rd. 1.600 Geflüchtete zugewiesen worden. In der GU Schackendorf sind z. Zt. 50 Personen untergebracht.

Stand Präventive Hausbesuche

Das Projekt nimmt im Amt Bornhöved Fahrt auf. Die Mitarbeiterin der Diakonie Altholstein stellt sich vor Ort bei Bürgermeister*innen und Akteur*innen vor. Der Versand der ersten Schreiben an die Zielgruppe wird vorbereitet. Einzelne Anfragen erreichen die Mitarbeiterin bereits jetzt. Das Projekt ist auf einem guten Weg.

Pflegetag 2024: Kommunen und Pflege im Dialog

An der Veranstaltung haben 70 Personen aus verschiedensten Kommunen, von Trägern, Einrichtungen und Diensten und weitere Interessierte teilgenommen. Das Ziel der Veranstaltung, einen Impuls ins Kreisgebiet für das Thema Pflege vor Ort zu geben wurde erreicht. Die Teilnehmenden wünschen sich weiter eine impulsgebende Rolle des Kreises und hoffen auf eine Fortsetzung des Formates im kommenden Jahr.

Projekt „Inklusion vor Ort“

In den Impulskommunen sind unterschiedliche Beteiligungsprozesse im Rahmen des Projektes erfolgt. In den Impulskommunen konkretisieren sich verschiedene bauliche Maßnahmen zur Förderung der Barrierefreiheit.

Informationen zu Aktivitäten und Ergebnisse der Impulskommunen finden Sie auf der Internetseite des Projektes unter <https://www.gemeinsam-inklusiv.de/>.

Landesrahmenvertrag der EGH

Der Vertrag wurde am 15.11. unterschrieben

Zu 9.2. Anregungen für die nächste Sitzung

Es gibt keine Anregungen für die nächste Sitzung.

Zu 10. Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Vorsitz:

Doris Vorpahl

Protokollführung:

Tanja Krüger